

A photograph showing a group of women in a dusty, arid environment carrying large, rectangular concrete blocks on their heads. They are walking towards the camera. In the background, several multi-story buildings are under construction, made of grey concrete blocks. The ground is dry and sandy. The women are wearing colorful, patterned skirts and headscarves. One woman in the foreground is wearing a bright pink t-shirt with a graphic and a blue skirt with large circular patterns. Another woman is wearing a purple and white striped shirt and a purple skirt. The overall scene depicts a construction site in a developing area.

Aufbau und Entwicklung

Wer Fluchtursachen bekämpfen will, muss sich Gedanken über seine Entwicklungspolitik machen. Was können Feldstudien hier leisten? Wie lässt sich die Entwicklungsfinanzierung auf eine vernünftige Basis stellen? Und müsste es angesichts der problematischen Folgen von Modernisierung nicht auch ein „Recht auf Nicht-Entwicklung“ geben?

Ludwig Jung, Julia Stricker, Waleria Schüle, Lisa Brahms

des schon jetzt bestehenden Wassermangels abzufedern, gibt es nicht. Auch die Evaluierung der Umweltfolgen des Hafenausbaus ist lückenhaft und spiegelt die notorische Überlastung der kenianischen Umweltbehörde wider. Weder der

Die Glaubwürdigkeit der globalen Nachhaltigkeitsziele steht auf dem Spiel

Weder der Beseitigung der traditionellen Fischgründe noch der Zerstörung der Mangrovenwälder durch den Betrieb eines kommerziellen Hafens wird ernsthaft gegengesteuert. Die Klage von Save Lamu gegen die Verantwortlichen wegen mangelhafter Umweltevaluierung wird seit fünf Jahren erfolglos von Gericht zu Gericht weitergereicht. Erst jüngst hat das kenianische Kriminaldezernat die Leiter von Save Lamu wegen des Verdachts der Unterstützung terroristischer Aktivitäten vernommen.

Die Geschichte Lamus steht für eine Vielzahl von Entwicklungsprojekten, die derzeit die kulturelle, soziale und ökologische Integrität der Gegend untergraben, zu deren Förderung sie eigentlich beitragen sollen. Damit steht auch die Glaubwürdigkeit der globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung auf dem Spiel, die von der UN-Vollversammlung im September 2015 verabschiedet wurden; denn sie versprechen eine inklusive und nachhaltige Industrialisierung und eine sozial gerechte Entwicklung. ••

Waleria Schüle verbrachte ihr Mercator-Jahr in Lima, Kapstadt und Nairobi.

Viele Köche, wenig Brei

Warum die Entwicklungsfinanzierung in Addis Abeba kaum vorankommt

Lisa Brahm | Wenn Diplomaten nach langwierigen Verhandlungen übermüdet sind, dann stimmen sie im Zweifel irgendwann einfach zu. So jedenfalls war es wohl bei den Verhandlungen über das Abschlussdokument der Entwicklungsfinanzierungskonferenz in Addis Abeba. Nach monatelangen Verhandlungsrunden und vielen schlaflosen Nächten stand Mitte Juli, kurz vor Ende der Konferenz, endlich der finale Text der so genannten „Addis Abeba Action Agenda“.

Vor meiner Stage bei der EU-Delegation bei den Vereinten Nationen hatte ich Mühe, mir vorzustellen, wie so ein Prozess konkret abläuft. Einerseits fragte ich mich, wieso es Monate oder Jahre dauert, einen Text von 20 Seiten fertigzustellen. Das wurde aber dadurch relativiert, dass es ja immerhin darum geht, die Vertreter von nicht weniger als 193 Staaten dazu zu bekommen, gemeinsam einen Text zu schreiben. Für die EU-Delegation bedeutete das in der Praxis, dass jeder neue Textentwurf zunächst in eine Matrix übertragen wurde – eine Tabelle mit einer Zeile je Textabsatz und Spalten für die Kommentare der EU-Mitgliedstaaten und der EU-Institutionen. Diese wurde an die Ständigen Vertretungen der EU-Staaten geschickt, welche sie wiederum an ihre Hauptstädte und von dort weiter an die verschiedenen Ministerien sandten.

Wie das aussieht, wenn dann alle im „Änderungen nachverfolgen“-Modus ihre Kommentare einfügen, kann man sich vorstellen. Nachdem das Ganze in New York in stundenlangen Sitzungen EU-intern diskutiert wurde, gingen wir mit einer EU-Position in die Verhandlungen bei den Vereinten Nationen.

Allerlei Unstimmigkeiten

Der Aktionsplan von Addis Abeba behandelt das Thema Entwicklungsfinanzierung in sieben Kapiteln, den so genannten „Action Areas“: inländische öffentliche Ressourcen; Finanzierung aus privaten Quellen; internationale Entwicklungszusammenarbeit; Handel, Schulden, systemische Fragen sowie Wissenschaft, Technologie, Innovation und Kapazitätsaufbau.

Die Diskussionen im Verhandlungsprozess haben ein Problem deutlich zutage gefördert: Die Frage, wer Verantwortung trägt, ist zwischen Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern nach wie vor offen. Etwa, wenn es um das Prinzip der „gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung“ geht. Diesem Prinzip liegt die Überlegung zugrunde, dass zwar alle Staaten prinzipiell dafür verantwortlich sind, zu nachhaltiger Entwicklung beizutragen, dass die Länder allerdings über ganz unterschiedliche Möglichkeiten und Ressourcen für die Umsetzung verfügen. Im Aktionsplan von Addis Abeba wird dieses Prinzip zwar genannt, allerdings nur in Bezug auf die Klimaverhandlungen. Die Gruppe der Entwicklungsländer in den UN, die G77, hatte eine Anwendung des Prinzips auf die gesamte Entwicklungsagenda gefordert, konnte sich damit aber nicht durchsetzen.

Uneinigkeit gab es auch hinsichtlich des Nord-Süd-Gefälles und der Süd-Süd-Kooperation. Obgleich Industrie- und Entwicklungsländer in den Verhandlungen zumeist entgegengesetzte Positionen vertraten, wurde von Seiten der EU betont, dass diese Zweiteilung nicht mehr zeitgemäß sei – auch die Schwellenländer sollten Verpflichtungen in Sachen Entwicklungszusammenarbeit eingehen, idealerweise mit konkreten Zielen. Hier konnte sich allerdings die G77 durchsetzen: Im Abschnitt zur Süd-Süd-Kooperation etwa werden keine konkreten und verpflichtenden Ziele genannt.

Nichtsdestrotz waren die G77-Staaten ebenso vom Ergebnis des Addis Abeba-Prozesses enttäuscht wie weite Teile der Zivilgesellschaft. So hatte die G77 gefordert, das so genannte „Expertenkomitee für internationale Zusammenarbeit in Steuerfragen“ zu einem zwischenstaatlichen Mechanismus aufzuwerten. Vor allem das Recht und die Fähigkeit, hier Normen zu setzen, sollten nach den Vorstellungen der Entwicklungsländer von der OECD auf die UN übertragen werden. Denn in der OECD sind die G77-Länder in deutlich geringerem Maße repräsentiert als in den Vereinten Nationen. Das sahen die EU, USA und Kanada anders, und es lässt sich auch nicht leugnen, dass die OECD an dieser Stelle hervorragende Arbeit leistet – zumal auch fraglich ist, ob eine Umwandlung des Expertenkomitees wirklich den von der G77 gewünschten Effekt erzielen würde.

Die Frage, wer für nachhaltige Entwicklung verantwortlich ist, bleibt umstritten

Ein weiteres Konfliktthema war und ist die internationale Entwicklungszusammenarbeit. Das Ziel, 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden, findet sich zwar auch im Aktionsplan von Addis Abeba. Jedoch konnte man sich noch immer nicht auf einen Zeitpunkt für die Erreichung dieses Zieles einigen. Und nachdem schon in der Vergangenheit diesbezügliche Termine nicht eingehalten wurden, ist die Aussage der EU, dieses Ziel bis zum Auslaufen der UN-Nachhaltigkeitsziele 2030 zu erreichen, mit Vorsicht zu betrachten.

Kaum messbare Fortschritte

Eine Initiative der G77, die Eingang in das Addis-Abeba-Abschlussdokument gefunden hat, ist der Mechanismus für den Technologietransfer. Dieser war 1992 bereits in Rio und danach immer wieder in internationalen Foren diskutiert worden. Für die Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele ist es wichtig, dass bereits vorhandene Technologien auch in Entwicklungsländern verfügbar sind; im Hinblick auf den Klimawandel geht es dabei auch und gerade um umweltschonende Technologien. Allerdings haben die USA deutlich gemacht, dass sie diesen Mechanismus weiterhin kritisch sehen und dass er auf keinen Fall mit den geistigen Eigentumsrechten kollidieren dürfe.

Zu den weiteren messbaren Fortschritten, die Addis Abeba gebracht hat, gehört auch das von vielen Teilnehmern positiv bewertete neu geschaffene globale Infrastrukturforum. Und auch der Fokus auf die am wenigsten entwickelten

Länder (LDCs) ist gestärkt worden, etwa im Bereich Handelsunterstützung; auch wenn nur wenige konkrete Zahlen im Abschlussdokument genannt werden, ist es doch ein Versuch, die sinkenden Entwicklungsgelder an LDCs wieder anzuheben. Was das

Besonders Umwelttechnologien müssen auch in Entwicklungsländern verfügbar sein

Thema Schulden angeht, so haben immerhin die von der G77 eingebrachten „Prinzipien für die Förderung verantwortlicher Kreditvergabe an Staaten und Kreditaufnahme durch Staaten“ (UNCTAD-Prinzipien) Erwähnung im Abschlussdokument gefunden; allerdings gab es kein eindeutiges Mandat für die Schaffung eines Staateninsolvenzverfahrens, wie von der G77 gefordert.

Bei den Umsetzungsmechanismen wiederum konnten sich die G77-Staaten durchsetzen. Während die EU und andere verlangt hatten, einen gemeinsamen Umsetzungsmechanismus für Addis Abeba und die UN-Nachhaltigkeitsziele zu schaffen, soll das nun getrennt stattfinden.

An vielen Stellen bleibt das Abschlussdokument von Addis Abeba oberflächlich. Systemische Veränderungen sind wieder einmal ausgeblieben, und auch an konkreten Verpflichtungen fehlt es – der Mechanismus für den Technologietransfer und das globale Infrastrukturforum einmal ausgenommen – fast gänzlich. ••

Lisa Brahmns war im Rahmen ihrer Kolleg-Stagen in Rom, Daressalam, New York und Berlin.

Wir machen mobil.



Lesen Sie die IP jetzt auch unterwegs auf Ihrem Smartphone oder Tablet:

In der IP-App stehen die aktuellen Ausgaben der Zeitschrift IP und des IP-Länderporträts zum Abruf bereit – kostenfrei für alle IP-Abonnenten.



Noch kein Abonnent? Im Probe-Abo lesen Sie die IP vier Monate lang für nur 19,50€ und sparen dabei 33% gegenüber den Einzelpreisen der Zeitschrift IP – inklusive App-Zugang und IP-Länderporträt. Ohne jede Bindung, denn das Probe-Abo endet automatisch, eine Abbestellung ist nicht erforderlich.